in der Ruhrfrage auf Gnade und Ungnade zu kapitulieren, was das Wahrscheinlichere ist. Ob sich die Alliierten und andere europäische Staaten bereit finden würden, auch ihrerseits Garantien für die Anleihe zu geben, erscheint mehr als fraglich. Der Plan einer Völkerbundskontrolle über die Verwendung der Anleihe erinnert an das österreichische Beispiel.

## Die Annäherung.

### London und die deutsch-französischen Besprechungen.

**Sonderverhandlungen mit Deutschland erwünscht.**

Die Gerüchte, wonach Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und Frankreich begonnen haben, finden in London größte Beachtung. Auch in amtlichen Kreisen wird, sehr im Gegensatz zu der früheren Haltung anscheinender Gleichgültigkeit, betont, daß England an solchen Verhandlungen aufs lebhafteste interessiert sei. Zu gleicher Zeit wird abermals die Erwartung ausgesprochen, daß eine deutsche Note gegebenenfalls auch London überreicht werden würde. Der Ministerrat wird sofort nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Baldwin aus den Ferien sich in einer Sitzung mit der Lage beschäftigen. Die englische Politik sei entschlossen, alle Kräfte einzusetzen, um eine allgemeine Regelung zwischen Deutschland und der Gesamtheit der Alliierten herbeizuführen. Von offiziöser Seite wird darauf hingewiesen, daß England auch seinerseits gegebenenfalls mit Deutschland verhandeln und dabei seine Ansprüche in der Schuldenfrage gegenüber den Alliierten aufrecht erhalten könne oder schließlich zu der Politik der Isolierung zurückkehren könnte. Beide Möglichkeiten werden in der Oeffentlichkeit nicht ernsthaft erwogen, sondern offensichtlich nur in die Debatte geworfen, um Frankreich für eine allgemeine Regelung gefügiger zu machen.

Poincare hat dem Vertreter des „Daily Telegraph" mitteilen lassen, daß, wenn die Berliner Besprechungen zu bestimmten Vorschlägen der deutschen Regierung führen sollten, diese Vorschläge allen alliierten Regierungen mitgeteilt würden. Diese Mitteilung ist nicht neu, da Poincare seit dem Beginn der Ruhrbesetzung bereits diese Verpflichtung übernommen und seitdem wiederholt erneuert hatte. Die englischen Besorgnisse werden durch dieses Versprechen so zu einem geringen Teil beseitigt. Was man befürchtet, ist, auf diese Weise vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß der Fiume-Konflikt, in dem Frankreich als Schutzmacht Serbiens beteiligt ist, der englischen Diplomatie die Möglichkeit gibt, ihre sonst schwache Stellung zu verstärken.

### Die französische Presse in Schwulitäten.

Die französische Presse empfindet einige Schwierigkeiten, die deutsch-französisch-belgischen Unterhaltungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, klar zu formulieren und zu bewerten. Es gilt, den Grundsatz, daß keine Verhandlungen mit Deutschland stattfinden dürften, bevor der passive Widerstand eingestellt ist, mit der Tatsache zu vereinigen, daß bereits jetzt vor Einstellung des passiven Widerstandes Unterhaltungen stattgefunden haben: es gilt darüber klar zu werden, daß zunächst einmal eine Aussprache über die Einstellung des passiven Widerstandes vonnöten ist und es gilt diese vagen Begriffe in einer, da man ja das Wort „Verhandlungen" vermeiden will, privaten Sondierung durch offizielle Persönlichkeiten zu erklären.

Die Blätter sind sich darüber einig, daß Stresemann nicht gesonnen ist ins Blaue hinein einfach die Verordnungen und Erlasse zurückzuziehen, die den Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die Aktion der französisch-belgischen Besatzungsbehörden unterstützt haben. Anderseits ist Poincare auf die Einstellung des passiven Widerstandes durch seine öffentlichen Erklärungen festgelegt. Was Stresemann unangenehm ist, schreibt der „Matin", ist offensichtlich die Zurückziehung der Verordnungen, die den Aufruhr gegen den Friedensvertrag gutgeheißen und geregelt haben, ohne daß er in parlamentarischen Kreisen zugleich die Versicherung abgeben kann, daß Unterhaltungen von praktischer Nützlichkeit möglich geworden sind. Es gelte auch die Geste zu machen, einen neuen Botschafter in Paris zu ernennen, ohne der Fortsetzung der Verhandlungen sicher zu sein. Stresemann müsse aber dies über sich ergehen lassen. Man verhandelt nicht mehr über die Ausführung des Vertrages mit einer Regierung die eine besondere Gesetzgebung aufrechterhält, dazu bestimmt, diesen Vertrag unmöglich zu machen. Hier liege die Schwierigkeit.

**Die drei Möglichkeiten für England.**

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die britische Regierung werde sehr bald zu entscheiden haben, welche Politik sie zu verfolgen habe, falls der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt und deutsch-französische Verhandlungen eingeleitet würden. Es schienen drei Alternativen zu bestehen:

1. Großbritannien könne auf einer allgemeinen Regelung zwischen den Alliierten bestehen,
2. es könne direkt und separat mit Deutschland über seinen eigenen Reparationsanteil verhandeln und zugleich seine Forderungen mit Bezug auf die alliierte Schuld aufrechterhalten und
3. es könne zu einer Politik der Isolierung zurückkehren, auf die Reparationen verzichten und auf der vollen Bezahlung der alliierten Schulden bestehen.

**Französische Offiziere als Räuber.**

**Vorgestern unternahmen französische Offiziere in Begleitung französischer Soldaten einen Zug gegen das Rathaus in Gelsenkirchen. Mit vorgehaltenen Revolvern drangen sie in das Rathaus der Stadt ein und zwangen die völlig ahnungslosen Kassenbeamten unter Drohungen mit dem Revolver, die Geldbehältnisse zu öffnen. Auf diese Weise nahmen sie den gesamten Barbestand von 419 Milliarden mit sich.**

## Kleine politische Meldungen.

**Der große geschichtliche Augenblick für Bayern.** Anläßlich der Versammlung des oberbayrischen christlichen Bauernvereins, die in einer Kundgebung gegen die neuen Steuergesetze scharf Stellung nahm, machte der Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer Ausführungen, wobei er als letzte Worte des überraschend schnellen Niederganges Deutschland die absolute Wehrlosigkeit des deutschen Volkes bezeichnete. Am beschämendsten sei es, daß Deutsche bewußt mitgeholfen hätten, einen Zustand der Wehrlosigkeit herbeizuführen. Bezüglich der zukünftigen Lage Deutschlands äußerte sich der Redner dahin, daß nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann wahrscheinlich eine Minderheitsregierung der Linken kommen werde. Wenn auch diese Regierung gestürzt sei, dann komme der große geschichtliche Augenblick für die bayrische Regierung, für den Landtag und das Volk Bayern.

**Keine Einberufung des Reichstages.** Reichstagspräsident Löbe hat den Antrag der Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstages in ablehnendem Sinne beschieden. Die Stellungnahme des Präsidenten erfolgte nach vorheriger Verständigung mit der Reichsregierung, die im jetzigen vorbereitenden Stadium zur Lösung der Ruhrfrage in der parlamentarischen Erörterung der auswärtigen Beziehungen keine Erleichterung ihrer Aufgabe sieht, zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen. (Sehr bezeichnend!)

**Die Türkische Nationalversammlung geht nach Konstantinopel.** Das „Echo" meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung übersiedelt anfangs Oktober nach Konstantinopel, sobald die letzten alliierten Truppen Konstantinopel verlassen haben. Der von den türkischen Zeitungen veröffentlichte Entwurf der neuen Verfassung sieht die konstitutionelle Monarchie für die Türkei vor. Das Wahlrecht zum Parlament haben nur die Türken.

**Sowjet-Neuwahlen in Nordrußland.** Die Neuwahlen zu den Sowjets sind in den nördlichen Gebieten Sowjetrußlands mit Rücksicht auf die dortigen klimatischen Verhältnisse bereits seit Anfang September im Gange. Die ersten Berichte über die Wahlergebnisse zeigen das übliche Bild, daß die Kommunisten eine Majorität nur in den Verwaltungszentren erlangen, während sie auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten nur in geringer und teilweise verschwindend geringer Zahl in die Sowjets gelangen. Das von den früheren Jahren her bekannte Bild gewähren auch die unter der Leitung der Behörden stattfindenden Wahlen zu den Sowjet-Exekutivorganen, bei denen ungeachtet der Zusammensetzung der Sowjets bereits in den Gemeinden der Anteil von Kommunisten durchschnittlich auf 35 Prozent steigt, und in den Kreisorganen 80 Prozent erreicht.

## Von Stadt und Land.

Aue, 13. September.

### Kommunistisches Ultimatum an die Regierung Zeigner

**Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel aufgehoben.**

Nach Mitteilung des „Volksblattes", des kommunistischen Organs für den Bezirk Ostsachsen, hat der Landesvorstand der KPD. Sachsen die Dresdner Regierung aufgefordert, das Demonstrationsverbot sofort aufzuheben und spätestens bis zum 15. September die an dem Blutbad schuldigen Offiziere, sowie die faschistischen Provokateure in der Polizei zu entlassen. Tut die Regierung dies nicht, dann entzieht die Kommunistische Partei der Regierung sofort ihre Unterstützung.

Diese offene Kampfansage der Kommunisten gegen die sächsische Regierung hat die unmittelbare Wirkung gehabt, daß das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel aufgehoben worden ist. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese neue Nachgiebigkeit gegen die kommunistische Forderungen in allen ruhebedürftigen sächsischen Kreisen ohne Unterschied der Partei die schwersten Besorgnisse hervorrufen muß. Das Versammlungsverbot war ja gerade aus der Erkenntnis hervorgegangen, daß Veranstaltungen unter freiem Himmel ganz besonders geeignet sind, die Leidenschaften aufzustachel, während in den jetzigen Zeitläuften das Bestreben einer auf die Sicherung der Ordnung bedachten Regierung dahin gehen muß, vorbeugend zu wirken und deshalb auch solchen Kundgebungen, die nur für ruhige Zeiten geeignet sind, rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Die bedauerlichen blutigen Vorfälle vom 11. September haben ja aufs neue bewiesen, welche unberechenbaren Folgen sich bei allgemein gereizter Stimmung aus Massendemonstrationen jeden Augenblick ergeben können.

Der Zweck der Uebung geht dahin, auf Befehl der Moskauer Zentrale einen unerbittlichen Zermürbungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie zu führen, die ihnen hinderlich bei dem Bestreben ist, die sozialistischen Massen ihrer bisherigen gemäßigteren Führer zu berauben und sie dann als kommunistisches Kanonenfutter für die Durchführung der Moskauer „Weltrevolution" auf deutschem Boden zu benutzen.

**Zu den Verhandlungen Zeigners in Berlin: Geßler bleibt.**

Wie wir erfahren, haben es der Reichspräsident und die Reichsregierung abgelehnt, auf die Wünsche des sächsischen

---

**Der neue Roman.**

Ein merkwürdiges Schicksal führte im Jahre 1800 den damals weltberühmten Schriftsteller A. v. Kotzebue in die Verbannung nach Sibirien. Kotzebue fuhr mit seiner Familie in einer persönlichen Angelegenheit nach Rußland, wurde jenseits der Grenze trotz seines richtigen Passes verhaftet und ohne Urteil in die Nähe von Tobolsk gebracht, wo er allerdings nicht lange blieb, sondern vom Zaren Paul dem Ersten zurückgerufen wurde, der ihn sogar später mit großer Auszeichnung behandelte.

Es ist nie klar geworden, warum eigentlich Kotzebue in die Verbannung geschickt worden ist. Man wird wohl der Wahrheit am allernächsten kommen, wenn man annimmt, daß es sich um eine Laune des zäsarenwahnsinnigen Kaisers handelte, der in dem Schriftsteller vielleicht den Umstürzler und Jakobiner witterte. Daß das möglich war, wird jeder zu glauben gern geneigt sein, der am Ende des zweiten Teiles dieses Buches liest, welche Luft damals in Petersburg wehte.

Die Schreibweise ist einmal überaus rührselig; von Tränen ist mit einer für unsere Begriffe ungewohnten Häufigkeit die Rede. Aber gerade durch diese Rührseligkeit hat Kotzebue, haben je und je die Autoren, vor allem die weiblichen Autoren, große Erfolge errungen. Kotzebue war weitaus gelesener als sein großer Zeitgenosse Goethe. — Ein anderer hervorstechender Zug ist die bodenlose Fürstenschmeichelei und Lobrednerei des Despotismus, was ja Kotzebue schließlich mit seinem Leben bezahlen mußte. Endlich aber wird es immer wieder deutlich, wie maßlos eitel Kotzebue war; er sieht überall nur immer sein eigenes Ich. Sogar im fernen Tobolsk sollen seine Lustspiele bekannt sein, in Tobolsk, wo seine Wohnung nicht leer wird von ihn verehrenden Besuchern, wo auch der Gouverneur glaubt, ihn „nicht als gewöhnlichen Exilierten betrachten" zu müssen. Mit dieser Eitelkeit im engsten innerlichen Zusammenhange steht eine Klatschsucht, die sich bei ihm, der doch keine Gelegenheit vorübergehen läßt, sein eigenes Loblied zu singen, und den stoischen Philosophen herauszustecken, ganz besonders widerspruchsvoll ausnimmt.

Sicher sind solche Stellen nicht angenehm zu lesen. Aber das ganze Werk wird als Abbild des alten Rußlands und als Erzählung eines merkwürdigen Schicksals, einer weiten Reise in ein fernstes Land hoffentlich doch dankbare Leser finden.

## Das merkwürdigste Jahr meines Lebens.

Von August von Kotzebue.

Wenn ich der Nacht gedenke, in der ich so vieles mir Teures zurückließ,
Gleitet noch jetzt eine Träne aus meinen Augen.
Ovid.

Fast drei Jahre waren verflossen, seitdem ich Rußland und meine geliebte Frau ihr Vaterland verlassen hatte. Das freundschaftliche Wohlwollen, mit dem wir überall aufgenommen wurden, konnte doch nie die zarten Banden schwächen, welche uns noch an den Norden fesselten. Ich hatte meiner Frau versprochen, sie nach drei Jahren in die Arme unserer Kinder, Verwandten und Freunde zurückzuführen; und gern hielt ich mein Wort. Zwar mußte ich eine kindlich geliebte Mutter, biedere Freunde und ein kleines Eigentum in Weimar zurücklassen: aber es sollte ja auch nur eine Trennung von vier Monaten sein: nur ein Besuch, durch welchen meine gute Frau ihr Heimweh zu stillen hoffte.

Der erste Schritt zur Erreichung unseres Wunsches den die Grenzsperre Rußlands notwendig machte, war ein Brief an den mir zunächst residierenden russischen Minister in Berlin, den Herrn Geheimrat und Ritter Baron von Krüdener. Ich bat ihn, mir einen Paß zu verschaffen. Er versprach, sogleich deshalb bei dem Kaiser anzufragen, riet mir aber, auch selbst an den Monarchen zu schreiben. Ich befolgte diesen Rat schon am nächsten Postage und bat um Erlaubnis, auf vier Monate nach Rußland kommen zu dürfen, teils um meine Kinder zu umarmen, teils um über mein dortiges Vermögen Dispositionen zu treffen, welche meine persönliche Gegenwart erforderten. Doch ehe noch dieser Brief Petersburg erreicht haben konnte, erhielt ich bereits einen zweiten von dem Herrn Baron von Krüdener den ich aus mehreren Ursachen ganz hierher setze:

„Es verursacht mir ein wahres Vergnügen, daß ich Ew. etc. eine günstige Antwort in Ansehung des gewünschten Passes mitzuteilen habe. Ich erhalte soeben den Befehl Ihnen einen Paß zu geben, aber auch zugleich ungesäumt in Petersburg den Weg, den Sie nehmen werden, anzuzeigen, damit den Schwierigkeiten, die Sie ungeachtet eines Passes an der Grenze finden würden, von dort aus durch einen ausdrücklichen Befehl vorgebeugt werden könne. Sie werden daher die Güte haben mir mit umgehender Post Ihren Weg zu melden und zu bestimmen, wohin ich den Paß zu senden habe, im Fall Sie nicht selbst über Berlin kommen. Die Personen die Sie auf Ihrer Reise begleiten werden, bitte ich mir nochmals aufzugeben. — Mit aller Hochachtung habe ich die Ehre zu sein etc.

Berlin, am 15. Februar 1800.

B. v. Krüdener."

Dieser Brief erregte bei meiner Frau eine unbeschreibliche Freude, bei mir hingegen einige Bedenklichkeiten. Zwar hatte ich Rußland mit ausdrücklicher Bewilligung des Monarchen verlassen; auch existierte damals noch nicht der Befehl, kraft dessen jeder Abreisende sich schriftlich verbindlich machen mußte, das Reich nie wieder zu betreten: aber — ich wußte, daß Kaiser Paul den Schriftstellern überhaupt nicht hold war: unmöglich konnte ich also eine so schnelle und dem Anschein nach so überaus gnädige Bewilligung meiner Bitte erwarten. Ich sah nicht ein, welche Schwierigkeiten ich ungeachtet eines Passes, noch an der Grenze finden könne — und, wenn jeder Reisende dergleichen fand, warum man gerade bei mir eine Ausnahme machen und noch durch einen ausdrücklichen Befehl von Petersburg aus denselben vorbeugen wolle. Wodurch konnte ich auf eine solche Auszeichnung Anspruch machen? Und was konnte überhaupt dem Kaiser daran gelegen sein, gerade den Weg zu wissen, den ich nehmen würde?

Alle diese Bedenklichkeiten teilte ich meiner Frau mit, die aber nur darüber lächelte. Wir waren an demselben Abend, da ich den Brief erhielt, zu einer Dame eingeladen, die sowohl durch ihren Rang als durch ihre Tugenden sich auszeichnete, und fanden dort wie immer, eine gewählte Gesellschaft beiderlei Geschlechts. Meine Frau teilte ihre Freude, ich meine Besorgnisse mit: aber auch nicht ein einziger in der Versammlung hielt die letzteren für begründet, sondern alle waren der einstimmigen Meinung, es sei durchaus unmöglich, hier eine Gefahr im Hinterhalte zu vermuten, und jede Ahnung derselben sei eine Beleidigung des geheiligten Kaiserwortes.

(Fortsetzung folgt.)